

Frauenfeindlichkeit 2.0

Ob Deutschland, Brasilien oder Indien: Online-Frauenfeindlichkeit trifft politisch aktive Frauen weltweit und schränkt ihre Sichtbarkeit und Teilhabe ein. Wie globale Muster und lokale Kontexte **#digitaleGewalt** prägen – und was dagegen hilft.

Von **Luise Koch** und **Jürgen Pfeffer**



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell



Als der Fall der deutschen Fernsehmoderatorin und Schauspielerin Collien Fernandes im Frühjahr 2026 öffentliche Diskussionen bestimmte, rückte ein Thema in den Mittelpunkt, das für viele Betroffene keineswegs neu ist: digitale sexualisierte Gewalt. Der Fall machte sichtbar, dass digitale Gewalt nicht nur „online" ist. Digitale Gewalt kann beschämen, einschüchtern und Menschen die Verfügung über das eigene Bild und die eigene Öffentlichkeit entziehen. Zugleich steht der Fall nur für einen besonders sichtbaren Ausschnitt eines breiteren Problems: Digitale Gewalt umfasst auch Drohungen, Doxxing, Desinformation, koordinierte Hasswellen, technologiegestütztes Stalking sowie Angriffe auf Aussehen, Kompetenz, Herkunft, Religion, Familie oder politische Positionen.

Angriffe treffen politische Sichtbarkeit

Für politisch aktive Personen ist diese Bandbreite besonders folgenreich. Politikerinnen, Aktivisten, Journalisten, Wissenschaftlerinnen und andere öffentlich engagierte Menschen nutzen digitale Plattformen, um Positionen sichtbar zu machen, Wahlkampf zu führen oder gesellschaftliche Missstände zu benennen. Angriffe treffen deshalb nicht nur Privatpersonen, sondern auch politische Sichtbarkeit, Handlungsspielräume und demokratische Teilhabe.

Hier setzte das inzwischen abgeschlossene, vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation, einem BAdW-Institut, geförderte Projekt Misogyny 2.0 an. Für Deutschland, Indien und Brasilien untersuchte das Projektteam, wie politisch aktive Menschen digitale Gewalt erleben – mit besonderem Fokus auf geschlechtsspezifische Muster und die Erfahrungen von Frauen. Zentral war die Verbindung globaler Muster mit lokalen Sprachen und politischen Kulturen.

Digitale Gewalt strukturiert politische Sichtbarkeit. Sie beeinflusst, wer spricht, wer schweigt, wer sich schützt, wer sich zurückzieht und wer überhaupt bereit ist, eine öffentliche Rolle zu übernehmen.

Öffentliche Debatten über digitale Gewalt kreisen oft um zwei Fragen: Wer ist häufiger von digitaler Gewalt betroffen? Und was ist noch von der Meinungsfreiheit gedeckt? Beide Fragen sind wichtig, aber sie reichen nicht aus. Die demokratische Bedeutung digitaler Gewalt wird erst sichtbar, wenn man drei Ebenen unterscheidet: Wer wird angegriffen? Wie wird angegriffen? Und was bewirken diese Angriffe?

Gerade der Geschlechtervergleich ist dafür zentral. Digitale Gewalt betrifft politisch aktive Menschen insgesamt. Sowohl Männer als auch Frauen erleben Beleidigungen, Drohungen und Angriffe auf ihre politischen Positionen. Die geschlechtsspezifische Dimension zeigt sich dabei oft weniger in der reinen Häufigkeit als in der Form und Bedeutung der Angriffe. Frauen erleben eher sexualisierte, körperbezogene, herablassende oder delegitimierende Angriffe. Es heißt dann nicht etwa: „Deine Position zur Migrationspolitik ist schei*e", sondern: „Frauen wie du sollten sich lieber um ihre Familie kümmern, statt Politik zu machen." Diese Verschiebung ist entscheidend: Nicht die politische Position wird argumentativ angegriffen, sondern die Legitimität der Sprecherin als politische Akteurin.

Solche Angriffe können Frauen in öffentlichen Rollen als „fehl am Platz" markieren und damit digitale Räume



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

informell regulieren: Wer darf sichtbar sein? Wer gilt als glaubwürdig? Wer muss zusätzliche Arbeit leisten, um überhaupt weiter sprechen zu können? Diese Perspektive ist wichtig, weil digitale Gewalt nicht nur durch einzelne besonders extreme Posts wirkt. Sie wirkt auch durch Wiederholung, Öffentlichkeit und die Erwartung, jederzeit wieder angegriffen werden zu können. In der Forschung zu digitaler geschlechtsspezifischer Gewalt wird deshalb zunehmend betont, dass Online-Frauenfeindlichkeit nicht nur als Reihe einzelner Vorfälle verstanden werden sollte. Sie wirkt als alltägliche, strukturell eingebettete Gewaltform: Frauen in öffentlichen Rollen werden kulturell infrage gestellt, durch Plattformlogiken sichtbarer und angreifbarer gemacht und gezwungen, Zeit, Energie und emotionale Arbeit in Selbstschutz zu investieren, statt in ihre eigentliche Arbeit.

Wenn junge Frauen und Mädchen beobachten, wie Kandidatinnen beschimpft, sexualisiert oder bedroht werden, kann dies politische Ambitionen dämpfen, noch bevor sie entstehen.

Drei Fallstudien, drei Einsichten

Die Fallstudien zu Deutschland, Brasilien und Indien sind methodisch und kontextuell unterschiedlich; ihr gemeinsamer Beitrag liegt darin, sichtbar zu machen, wie digitale Gewalt politische Teilhabe in unterschiedlichen Kontexten strukturiert.

Die deutsche Fallstudie zeigt, welche Auswirkungen Betroffene auf ihr politisches Engagement berichten. In der gemeinsam mit HateAid durchgeführten Studie „Angegriffen & alleingelassen“ wurden 1.114 politisch engagierte Personen befragt. Mehr als jede zweite befragte Person berichtete von digitaler Gewalt. Unter den befragten Frauen waren 63 Prozent betroffen, unter den befragten Männern 53 Prozent. Besonders deutlich wurde der Unterschied bei den Formen der Gewalt: Frauen berichteten deutlich häufiger von sexualisierten und misogynen Angriffen. Viele Betroffene schränken ihre Social-Media-Nutzung ein, passen Ton und Inhalte an oder denken über Rückzug nach. Wenn Menschen Themen meiden oder ihre Sichtbarkeit reduzieren, verändert sich auch, wer im digitalen Raum hörbar bleibt.

Brasilien zeigt, wie eng Online-Frauenfeindlichkeit mit Wahlkampf und Polarisierung verknüpft sein kann. In den brasilianischen Daten betrifft digitale Gewalt politisch aktive Männer und Frauen, aber in unterschiedlicher Form. Eine Fallstudie mit 597 politisch aktiven Personen und sieben Interviews mit Politikerinnen legt nahe: Rund 70 Prozent der Befragten berichteten, in den vergangenen vier Wochen digitale Angriffe erlebt zu haben. Obwohl der Anteil bei Männern höher war als bei Frauen, waren Frauen deutlich stärker von geschlechtsspezifischen Angriffen betroffen.

Besonders sichtbar wird die demokratische Relevanz im Wahlkontext. Eine weitere Analyse von mehr als zehn Millionen Tweets rund um die brasilianischen Wahlen 2022 zeigte einen Zusammenhang

zwischen Angriffen und politischer Sichtbarkeit: Misogyne Angriffe in einer Kalenderwoche gingen mit geringerer Twitter-Aktivität der betroffenen Kandidatinnen in der Folgewoche einher. Digitale Gewalt „wirkt" also auch schon lange bevor betroffene Frauen die Politik verlassen. Bereits reduzierte Sichtbarkeit während entscheidender Kampagnenphasen kann politische Repräsentation beeinträchtigen. Dazu kommt: Digitale Gewalt wird öffentlich mitgelesen. Wenn junge Frauen und Mädchen beobachten, wie Kandidatinnen im Netz beschimpft, sexualisiert oder bedroht werden, kann dies politische Ambitionen dämpfen, noch bevor sie entstehen.

Die indische Fallstudie erweitert den Blick auf die politische Teilhabe jenseits des Parlaments. Denn sie findet nicht nur in Parteien, Parlamenten oder Wahlkämpfen statt, sondern umfasst auch Advocacy-Arbeit, Aktivismus, Journalismus, Wissenschaft, Studierendenvertretungen und Policy-Arbeit. Die Untersuchung des breiteren Ökosystems politischer Sichtbarkeit zeigt, dass Online-Frauenfeindlichkeit intersektional verstanden werden muss: Angriffe richten sich nicht nur gegen Frauen als Frauen, sondern verschränken Geschlecht mit weiteren zugeschriebenen oder tatsächlichen Identitäts- und Zugehörigkeitsmerkmalen, wie etwa Kaste, Religion, Herkunft, Sprache, sozialem Status oder sexueller Orientierung. Deshalb müssen Forschung und Gegenmaßnahmen lokal verankert sein.

Lokale Kontexte und KI

Diese Befunde haben technische Konsequenzen. Wer Online-Frauenfeindlichkeit automatisiert mit Künstlicher Intelligenz erkennen will, kann nicht einfach englischsprachige Modelle auf deutsche, indische oder brasilianische Debatten übertragen. Misogynie arbeitet mit lokalen Codes, Ironie, Anspielungen, Dialekten, politischen Referenzen und kulturellen Stereotypen. Was in einem Kontext als offensichtliche Abwertung verstanden wird, kann in einem anderen Kontext für Außenstehende unsichtbar bleiben. Entscheidend sind dabei nicht nur grobe Oberbegriffe wie „Misogynie" oder „Toxizität", sondern detaillierte Labelbeschreibungen, die lokale politische Dynamiken, kulturelle Codes und sprachliche Umgehungsstrategien abbilden. In Brasilien tauchen beispielsweise misogyne Angriffe unter anderem in kulturell codierten Tiermetaphern auf.

Wichtig ist: KI ist kein Ersatz für Verantwortung. Automatisierte Erkennung kann Fehler machen, besonders bei Ironie, Mehrsprachigkeit oder kulturell codierten Angriffen. Technische Früherkennung ist dann hilfreich, wenn sie Betroffene entlastet, Institutionen handlungsfähiger macht und Plattformen stärker in die Verantwortung nimmt; nicht, wenn sie Verantwortung auf Betroffene oder technische Systeme verschiebt.

Systemische Risiken

Der Digital Services Act der EU ist ein wichtiger Schritt, weil er die Perspektive von der Löschung einzelner Inhalte hin zu systemischer Plattformverantwortung verschiebt: Sehr große Plattformen müssen Risiken für Grundrechte, öffentliche Debatten und Wahlprozesse bewerten und mindern. Für Online-Frauenfeindlichkeit bedeutet das: Entscheidend ist nicht nur, ob einzelne Posts verschwinden. Entscheidend ist, ob Plattformen Risiken systematisch erkennen, koordinierte Angriffe eindämmen, Meldewege verbessern, Betroffenen Auskunft ermöglichen und unabhängiger Forschung Zugang zu Daten geben.

Digitale Gewalt wird häufig als etwas behandelt, das einzelne Frauen erleben, aushalten, melden oder ignorieren müssen. Der Geschlechtervergleich in den drei Ländern legt eine andere Lesart nahe. Digitale Gewalt strukturiert politische Sichtbarkeit. Sie beeinflusst, wer spricht, wer schweigt, wer sich schützt, wer sich zurückzieht und wer überhaupt bereit ist, eine öffentliche Rolle zu übernehmen.

Es geht nicht darum, politisch aktive Frauen „resilienter" zu machen. Resilienz kann im Einzelfall helfen, aber sie ist keine demokratische Strategie. Eine demokratische digitale Öffentlichkeit entsteht nicht dadurch, dass Betroffene lernen, Gewalt auszuhalten, sondern dadurch, dass Plattformen, Institutionen und Gesellschaft Verantwortung für ihre Bedingungen übernehmen.

Dr. Luise Koch
wurde 2026 an der TUM School of Social Sciences and Technology promoviert. Ihre Dissertation ist Teil des Forschungsprojektes „Online-Feindlichkeit gegenüber politisch aktiven Frauen verstehen, erkennen und entschärfen (Misogyny 2.0)", gefördert vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) der BAdW.

Prof. Dr. Jürgen Pfeffer
hat den Lehrstuhl für Computational Social Science an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Technologie der TU München inne. Er forschte ebenfalls im Rahmen des bidt-Projekts Misogyny 2.0.



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell


Angriffe treffen deshalb nicht nur Privatpersonen, sondern auch politische Sichtbarkeit, Handlungsspielräume und demokratische Teilhabe.